

Nachrichten aus dem *Netz*



DER NEWSLETTER DES EUROPÄISCHEN NETZWERKS GEGEN ARMUT

Nr. 110 / Januar-Februar 2005

LEITARTIKEL

Die globale Gesellschaft – Den Reichen ging es noch nie besser

Immer wieder hat das EAPN vor der Tendenz gewarnt, das europäische Sozialmodell Wettbewerbsfähigkeit und Wirtschaftswachstum unterzuordnen. Tatsache ist, dass Wachstum nicht automatisch Arbeitsplätze bedeutet und dass Wettbewerbsfähigkeit einen Wettbewerbskampf durch die Verlagerung von Arbeitsplätzen ins Ausland auslösen kann.

Regierungen verlassen sich häufig auf die wirtschaftliche Entwicklung und die damit angeblich verbundenen neuen Arbeitsplätze: Arbeit als Notlösung gegen Armut. Es sind aber gerade jene Menschen, die vom Arbeitsmarkt am weitesten entfernt sind, die soziale Unterstützung und ein Sicherheitsnetz am nötigsten haben. Sie zur Arbeit zu zwingen (wenn sie denn überhaupt welche finden!) läuft häufig auf schlecht bezahlte oder unwürdige Jobs hinaus bzw. auf eine absolute Desillusionierung... Der so genannte Wohlfahrtsstaat wird heute von allen Seiten bedrängt. Die angebliche „Modernisierung“ des Sozialschutzes verschleiert eine Politik, die Arbeitslose zur Arbeit zwingt, staatlich unterstützte Krankenversicherungssysteme gefährdet und die schleichende Privatisierung der Rentensysteme begünstigt.

Unsere heutige globale Gesellschaft erzeugt Armut, und nur die ohnehin Betuchten profitieren von der Liberalisierung der Wirtschaft. Und so drängt sich die recht zynische Frage auf, ob Armut und Arbeitslosigkeit nicht wesentliche Teile des Systems sind. Denn wird nicht schließlich das verlogene Argument, wir befänden uns in einer permanenten Wirtschaftskrise, dazu benutzt, Löhne einzufrieren, den Sozialschutz für zu teuer zu erklären und Rentabilität zum Maßstab jeder menschlichen Aktivität zu machen? Die Europäische Union muss ihre Versprechen uneingeschränkt halten, Armut bis 2010 zu beseitigen. Das EAPN fordert eine umwälzende Veränderung ... im Denken. Ein revolutionäres Umdenken also, das ein hohes Maß an Sozialschutz, qualitativ hochwertige Arbeitsplätze und soziale Solidarität bringt.

Vincent Forest

DIE EUROPÄISCHE UNION, DIE WIR WOLLEN

INHALT

Ein soziales Europa

- Stärkung des EU-Sozialmodells
- Armutsbekämpfung in einer erweiterten Union
- Erweiterung: Chancen und Herausforderungen
- „In Quebec ist Armut jetzt ein öffentliches Anliegen“ Interview mit Alain Noël von der Universität Montreal

Schlüsselproblematiken

- Jeder Mensch hat das Recht auf Teilhabe!
- Soziale Ausgrenzung und Diskriminierung
- Kampf gegen Obdachlosigkeit
- Im globalen Dorf in Armut leben
- Qualitativ hochwertige soziale Dienstleistungen
- Menschen sind keine statistischen Einheiten!
- Die alternde Gesellschaft

Statistiken

- Europas 68 Millionen Arme

EIN SOZIALES EUROPA

Stärkung des EU-Sozialmodells

Welche EU will das EAPN? Das EAPN will ein Europa, das die soziale und wirtschaftliche Entwicklung aneinanderkoppelt, die auf Teilhabe beruhende Demokratie fördert und Diskriminierung bekämpft.

Vom 18. – 20. November 2004 hielt das EAPN im niederländischen Groningen eine Konferenz und seine fünfzehnte Mitgliederversammlung ab. Das Hauptthema beider Veranstaltungen lautete: *„Die EU, die wir wollen – Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in einer erweiterten EU.“* Das Ziel, Armut bis 2010 zu beseitigen, veranlasste das EAPN, seine eigenen Zielsetzungen zu bekräftigen. Beiträge seitens der lokalen, nationalen und europäischen Ebene boten verschiedene Einblicke in die Art und Weise, wie die Lissabonner Agenda als Werkzeug für die soziale Integration betrachtet werden kann, je nachdem, welchen Gebrauch man von ihr macht.

Auf allen drei Ebenen werden das EAPN und seine Mitglieder als unentbehrliche Hauptakteure für einen Dialog anerkannt, der einerseits dazu führen kann, dass die Bedürfnisse der am meisten benachteiligten Menschen klarer bestimmt werden und andererseits auch einen Beitrag zur politischen Agenda leisten kann.

Ungleichheiten nehmen zu

Das EAPN stellt fest, dass Ungleichheiten im Hinblick auf Zugang zu Einkommen, Rechten, Gütern und Dienstleistungen zunehmen. Zur gleichen Zeit gibt es in den europäischen Gesellschaften aber auch immer mehr „Superreiche“. Diese Entwicklungen lassen den Zusammenhalt innerhalb der europäischen Gesellschaften schrumpfen und gefährden dadurch die Idee eines europäischen Sozialmodells. Das EAPN ist jedoch der Meinung, dass solche Entwicklungen nicht unabwendbar sind, sondern das Versagen unserer politischen Systeme widerspiegeln, die nicht sicherstellen, dass menschliche Werte vor Marktwerten rangieren. Im Zusammenhang mit der Globalisierung zeigen sie auch ihre Unfähigkeit auf, ein Regulierungssystem auf lokaler, nationaler, europäischer und weltweiter

Ebene festzulegen, das alle Gesellschaften wieder in die Lage versetzt, ihre Zukunft auf demokratische, partizipatorische und nachhaltige Weise zu gestalten.

Wie lässt sich diese Tendenz umkehren?

Zu einem Zeitpunkt, zu dem die Lissabonner Strategie und die Strukturfonds vor einer Bewertung stehen, kommen Befürchtungen auf, dass eine

Armut ist nicht nur eine finanzielle Frage, sondern eine Verletzung von Grundrechten

neue „liberale“ Ideologie einige der früheren Strategien untergräbt. Um diese Tendenz umzukehren und die EU zu entwickeln, die wir wollen, fordert das EAPN europäische Entscheidungsträger auf, eine EU zu schaffen, die sich auf den effektiven Zugang aller zu den Grundrechten gründet, und zwar innerhalb eines Modells nachhaltiger Entwicklung, das ein Gleichgewicht zwischen sozialen, umweltpolitischen, beschäftigungspolitischen und wirtschaftlichen Zielen garantiert.

Das Wissen um die Lebenswirklichkeit der Menschen, die von Armut betroffen sind, muss als wesentlicher Bestandteil in die Gesamtüberlegung einfließen. Entscheidungsträger müssen daher die Ansätze einer partizipatorischen Demokratie stärken, um sicherzustellen, dass die Menschen, die von Armut, Ausgrenzung und Ungleichheit betroffen sind, die nötigen organisatorischen Möglichkeiten, auf Teilhabe basierenden Rahmenbedingungen und finanzielle Unterstützung haben, um sich bei der Entwicklung, Umsetzung und Bewertung aller relevanten Maßnahmen Gehör zu verschaffen.

Werkzeuge für eine Vision

Die Mechanismen für die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung müssen natürlich den multidimensionalen Charakter von Armut und sozialer Ausgrenzung berücksichtigen: Armut stellt eine Verletzung von Grundrechten dar und ist nicht nur eine finanzielle Frage. Sie umfasst auch Aspekte wie Zugang zu angemessenem Wohnen, eine qualitative Gesundheitsversorgung, Zugang zu



Pflege und Betreuung von Kindern und älteren Menschen, Beschäftigungsmöglichkeiten und Gelegenheiten für lebenslanges Lernen oder kulturelle Teilhabe ...

Aufgrund seiner eigenen Untersuchung der Wirklichkeit von Armut und sozialer Ausgrenzung hat das EAPN eine neue Vision für künftige Prioritäten entwickelt:

- **Unterstützung der Teilhabe von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind:** Wie oben erwähnt, stellt Teilhabe eine ständige Herausforderung dar, um Menschen, die von Armut betroffen sind, Gehör zu verschaffen, vor allem angesichts der EU-Erweiterung auf 25 Mitgliedstaaten bzw. der Realität von Armut in den neuen Mitgliedstaaten.
 - **Sicherstellen, dass Sozialschutzsysteme, einschließlich der individuellen Grundsicherung, in sämtlichen Mitgliedstaaten umgesetzt werden und angemessen sind,** sodass allen Menschen ein Leben in Würde ermöglicht wird. Auf EU-Ebene muss die Annahme von Mindestnormen für die soziale Sicherung und die Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gelingen. Eine immer älter werdende Bevölkerung darf nicht systematisch als Vorwand dienen, um den Sozialschutz zu beschneiden. Außerdem muss die Rolle der öffentlichen Ausgaben unbedingt aufgewertet werden, da sie als Investition angesehen werden sollten und nicht als Kosten, die so weit wie möglich zu reduzieren sind.
 - **Hervorhebung der Zusammenhänge zwischen sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung:** Die EU muss Diskriminierung und Ungleichheit zwischen Männern und Frauen, die Ursachen für Ausgrenzung sind, effektiv bekämpfen. Menschen, die stärker von sozialer Ausgrenzung betroffen sind, laufen eher Gefahr, diskriminiert zu werden, und Menschen, die diskriminiert werden sind stärker von sozialer Ausgrenzung bedroht. Eine der wichtigsten Herausforderungen besteht in der Überwindung der politischen, rechtlichen und wirtschaftlichen Schranken, die der Umsetzung der EU-Politik und Gesetzgebung zur Bekämpfung von sozialer Ausgrenzung und Diskriminierung entgegenstehen. Außerdem sollte die EU
- eine kohärente Einwanderungspolitik entwickeln, die auf der Achtung des Individuums und seiner Grundrechte basiert, die für Einwanderer offen ist, die vor Armut fliehen sowie für Asylsuchende; eine Politik frei von Diskriminierung, die auch die Wirklichkeit von Menschen ohne Papiere berücksichtigt, die sich bereits auf EU-Territorium befinden.
 - **Aufwertung der Rolle des NRO-Sektors** durch eine stärkere Teilhabe an der Erarbeitung, Gestaltung, dem Follow-Up, der Überwachung und Bewertung der Maßnahmen zur sozialen Eingliederung. Die NRO sind auch für die Sensibilisierung, Fortbildung, Information und die Bereitstellung von direkter Hilfe wichtig. Was die Bereitstellung von sozialen Dienstleistungen anbelangt, wird sich das EAPN massiv dafür einsetzen, dass die Rolle der NRO auf diesem Gebiet anerkannt wird. Angesichts der vorgeschlagenen EU-Richtlinie zu Dienstleistungen („Bolkestein“-Richtlinie), wird das EAPN für den Erhalt qualitativer Leistungen von allgemeinem Interesse kämpfen, die den Zugang aller zu Grundrechten ermöglichen und für die eine spezifische Berechtigung definiert werden sollte.
 - **Einstieg in die Diskussion über die globale Solidarität** durch die Forderung, dass die EU den Globalisierungsprozess effektiver mitgestaltet und Teil der globalen Sozialbewegungen wird. Das EAPN muss mit dem Mythos aufräumen, dass es keine Alternativen gibt, indem es den Meinungs Austausch fördert, Menschen ermutigt, das System zu ändern und herauszufordern und indem es fragt, in welcher Gesellschaft wir eigentlich leben möchten, zu einem Zeitpunkt, zu dem Marktregeln wie Wettbewerbsfähigkeit und Effizienz in allen Bereichen als unausweichlich gelten.
 - **Die Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung** sollte die allgemeinen Merkmale aller Länder abdecken aber auch die Besonderheiten der einzelnen Staaten aufzeigen und sowohl quantitative als auch qualitative Besonderheiten untersuchen. Das EAPN wird sich mit anderen Organisationen zusammenschließen, um einen Beitrag zu einem besseren Verständnis von Armut und sozialer Ausgrenzung zu leisten und um

Indikatoren vorzuschlagen. Schließlich sollte auch eine regelmäßige und systematische Untersuchung der Einkommens- und Wohlstandsverteilung innerhalb der EU und innerhalb der Mitgliedstaaten entwickelt werden sowie eine Untersuchung über den effektiven Zugang zu Grundrechten.

Quellen: Entwurf des Konferenzberichts von Pauline Geoghegan und Abschlusserklärung der Mitgliederversammlung 2004

Leben unterhalb der Armutsgrenze

Die Lebenswirklichkeiten von Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, können über Daten und Statistiken nur unzureichend wiedergegeben werden, zumal es nur wenige qualitativ hochwertige Untersuchungen zu diesem Thema gibt. Aus diesem Grunde veröffentlichen wir einige „Schnappschüsse“ aus dem Leben dieser Menschen, die einen realistischen Blick auf Armut und soziale Ausgrenzung in Europa bieten und den Alltag der Betroffenen dokumentieren.

Eine Sammlung solcher „Armutsporträts“ wird auf der EAPN-Website veröffentlicht werden und bald auch im EAPN-Buch zum Thema „Die EU, die wir wollen“ (siehe Rand Seite 10). Möglich wird dies durch die Hilfe der nationalen Netzwerke des EAPN und insbesondere durch die Zusammenarbeit mit den Teilnehmenden der europäischen Treffen von Menschen, die von Armut betroffen sind. Auf den folgenden Seiten stellen wir eine Zusammenfassung von drei „Porträts“ vor.

Zbigniew's Geschichte

Ich heiße Zbigniew und komme aus Warschau. 1993 ging ich mit einem Arbeitsvisum nach Rom. Mein Schwager arbeitete dort, und er half mir, meine Dokumente zusammenzubekommen. Da wir aber in einen schweren Streit gerieten, musste ich im Juli desselben Jahres sowohl meinen Job aufgeben als auch seine Wohnung verlassen.

Ich konnte keine feste Stelle finden, und das Geld war daher immer knapp. Ich begann auf der Straße zu leben und zu trinken. Nach einiger Zeit fing ich leider auch an um Geld zu betteln. Am Ende drehte sich bei mir alles nur noch um die Frage, wie ich an Alkohol kommen könnte.

An regnerischen Tagen wurde ich fast wahnsinnig, weil ich kein Geld für Alkohol zusammenbekam. Da ich nicht sterben wollte, fasste ich den Entschluss, mein Leben zu ändern. Ich bin den Menschen dankbar, die mir aus dieser Situation herausgeholfen haben, insbesondere einer Polin namens Wanda und der römischen NRO CDS (Haus der sozialen Rechte). Ich begann für das CDS ehrenamtlich als Streetworker für Obdachlose zu arbeiten. Nach einigen Jahren eröffnete das CDS ein Heim für Obdachlose, und ich wurde für das Projekt engagiert. Mir fällt es irgendwie leichter als einem Sozialarbeiter oder einem Psychologen, die Bedürfnisse und das Verhalten von Obdachlosen zu verstehen.

Eine Mutter am Rande der Gesellschaft

Lotta war früher spielsüchtig und ihr Leben ein einziges Chaos. Die 44 Jahre alte Schwedin ist Mutter von vier minderjährigen Kindern. Im Lauf der Jahre wurde ihnen mehrfach die Wohnung gekündigt. Da änderte Lotta ihr Leben und hörte auf zu spielen. Sie fand Arbeit und schaute hoffnungsfroh in die Zukunft. Ihr Lebensgefährte versäumte es aber, die Miete zu zahlen, und so wurde Lotta und ihren Kindern wieder die Wohnung gekündigt. Da es in Borlänge genügend freie Wohnungen gab, dachte Lotta, dass es kein Problem sei, einen neuen Mietvertrag zu bekommen. Die vom Stadtrat geführte Wohnungsgesellschaft stellte sich jedoch quer. Ihr ging es nur darum, dass Lotta kleinere Schulden bei der Gesellschaft hatte. Die Sozialbehörden wiesen Lotta darauf hin, dass sie sich jederzeit an die soziale Organisation Verdandi wenden könne, die ein eigenes Wohnprojekt leitet. Bei diesem Projekt übernimmt Verdandi den Mietvertrag und die Verantwortung für die Wohnung. Wenn man ein Jahr in der Wohnung gelebt hat und unter Beweis stellte, dass man für sich selbst sorgen kann, darf man den Mietvertrag übernehmen. Auf diese Weise schaffte es schließlich auch Lotta, eine Wohnung für sich und ihre Kinder zu bekommen. Bei ihren Rechnungen ist Lotta überaus gewissenhaft, ihre Zukunft ist aber weiterhin unsicher, da ihre Arbeit im Rathaus von Borlänge im Mai 2005 ausläuft.

Diana, eine Roma, die Diskriminierung ausgesetzt ist

Diana lebt in einem Dorf in der Nähe der Kreisstadt Rožňava in der südöstlichen Slowakei. Die Hälfte der 600 Einwohner sind

Roma. Und unter ihnen herrscht eine Arbeitslosigkeit von fast 100 %.

Diana ist 21 Jahre alt. Nachdem sie die Volksschule beendet hatte, besuchte sie Kurse einer Gastronomieschule. Mit sechzehn Jahren ging sie von der Schule ab. Diana lebt noch bei ihren Eltern und schläft auf einem Sofa in der Küche. Alle Familienmitglieder sind arbeitslos, und ihre Sozialhilfe reicht nicht für sämtliche Grundkosten aus. Im Dorf gibt es einen Geldverleiher. Bei unvorhergesehenen Ereignissen oder Notwendigkeiten (wie etwa Krankheit, einem Todesfall in der Familie, Kauf von Brennstoff) leiht sich Dianas Familie von ihm Geld, zu einem Zinssatz von 30 – 50 %. Diana kann ihr Dorf nicht verlassen, um ihre Ausbildung zu beenden, und sie hat praktisch keine Chance, eine Arbeit zu finden. Potenzielle Arbeitgeber, die ihr am Telefon einen Job versprochen, treten nach einem persönlichen Treffen von ihrem Versprechen zurück. Manchmal wird sie von einem Arbeitgeber schon direkt am Telefon gefragt, ob sie eine Roma sei. Wenn sie das bejaht, wird ihr gesagt, dass sie gar nicht erst vorbeizukommen braucht. Weder Diana noch ihre Familie haben einen Plan für die Zukunft. Sie wollen es einfach nur schaffen, von Tag zu Tag durchzuhalten.

Armutsbekämpfung in einer erweiterten Union

Welche Maßnahmen wurden in einigen Mitgliedstaaten eingeleitet, um Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen? Welche Prioritäten sollten hierbei gesetzt werden?

BULGARIEN

Maßnahmen gegen Armut werden in Bulgarien nur als eine Reaktion auf Probleme eingeschätzt und sind daher entsprechend kurzfristig angelegt. Sie haben lediglich einige Auswirkung auf das Ausmaß der Armut, doch gleichzeitig erzeugen diese Maßnahmen wiederum Armut und führen dazu, dass sie länger anhält. Die eigentlichen Ursachen von Armut werden nicht bekämpft. Die Folge ist, dass die Maßnahmen das Gegenteil von dem bewirken, was beabsichtigt war, und „schwarze Löcher“ entstehen, die immer mehr Mittel absorbieren ohne dass viel erreicht wird. Für das EAPN-Bulgarien ergeben sich die drei folgenden Prioritäten:

- Ein Wechsel von der reaktiven zu einer proaktiven Strategie, wobei konkrete Vorschläge zu machen sind;
- Organisationen müssen für ein besseres Lobbying Netzwerke und Bündnisse bilden;
- Gebraucht wird ein systematischer Ansatz unter Nutzung der Strukturfonds, um Armut und soziale Ausgrenzung zu bekämpfen.

Es ist darauf hinzuweisen, dass in Bulgarien mit der Dezentralisierung die Verantwortung für Sozialausgaben weitergegeben wurde, jedoch ohne eine Übertragung der nötigen Mittel.

TSCHECHISCHE REPUBLIK

Unter dem früheren Regime wurden in Tschechien Menschen, die von Armut betroffen sind, von der Gesellschaft isoliert. Aus diesem Grunde zieht es das tschechische Netzwerk vor, über soziale Ausgrenzung zu sprechen und nicht über „Zielgruppen“, wie es die Regierung macht. Netzwerke sind eine Antwort auf die Schwäche bzw. das Fehlen von Institutionen. Die Herausforderung wird darin liegen, die Fähigkeiten und das Selbstvertrauen der betroffenen Menschen zu stärken. Für das tschechische EAPN bestehen aktuell folgende Prioritäten:

- Soziale Eingliederung;
- Das Organisieren und die Unterstützung von Netzwerken;
- Die Eingliederung der Roma-Bevölkerung.

ESTLAND

In Estland ist man darüber besorgt, dass der nationale Aktionsplan zur sozialen Eingliederung von Beamten erstellt wurde, die keinerlei Beziehung zu Menschen haben, die von Armut betroffen sind. Estland hat folgende Prioritäten:

- Kinder: 34 % der Menschen, die von Armut betroffen sind, sind Kinder.
- Obdachlosigkeit: 0,3 % der Bevölkerung sind von Obdachlosigkeit betroffen.
- Gesundheitsthemen, einschließlich HIV, Rauchen und Alkohol.

FRANKREICH

Frankreich befindet sich gerade in einem tiefgreifenden Dezentralisierungsprozess des sozialen Bereichs, der eine Fortsetzung des vor einigen Jahren eingeleiteten Prozesses ist. Es besteht daher die große Herausforderung, die Kohärenz der sozialen Absicherung zu garantieren; auch muss die Fähigkeit der Basisnetzwerke sichergestellt werden, ihre Reaktionen und die Vertretung auf lokaler Ebene zu koordinieren und die Rolle des Staates zu

verstehen. Für das französische Netzwerk stellen sich folgende Themen:

- Zugang zu Grundrechten (Wohnraum, Beschäftigung, Gesundheit und Bildung);
- Die Realität der Armut ins Bewusstsein rücken, indem Netzwerke und Menschen, die selbst von Armut betroffen sind, zusammengebracht werden;
- Entwicklung einer aktiven Zivilgesellschaft, vor allem im Zusammenhang mit der aktuellen Dezentralisierung.

In Frankreich sind die dezentralisierten Dienste für Ausgaben zuständig; da sie aber Gelder vor der staatlichen Rückerstattung auszuzahlen haben, führen Verzögerungen zu lokalen Liquiditätsproblemen und daher auch zu einem weniger effizienten System.

UNGARN

In Ungarn bemühen sich die NRO um eine spezifische Rolle bei der Überwachung der Vorbereitung und Umsetzung der nationalen Aktionspläne für Beschäftigung und zur sozialen Eingliederung. Die NRO sind darüber besorgt, dass ein und derselbe interministerielle Ausschuss sowohl an der Umsetzung als auch an der Überwachung der nationalen Aktionspläne beteiligt ist. Die Tatsache z.B., dass die Beschäftigungspolitik einen Schwerpunkt darauf legt, hervorzuheben, wie viele Menschen jedes Jahr aus der Statistik „verschwinden“, macht es schwierig, die wirklichen Zahlen zu bewerten.

ITALIEN

In Italien hat die Gewerkschaftsbewegung zwar große Schritte nach vorn gemacht, doch ist sie überwiegend mit Menschen beschäftigt, die bereits Arbeit haben. Anders ausgedrückt: Es wurden Menschen Rechte zugeteilt, die bereits welche hatten. Vier Jahre, nachdem die europäische Strategie zur sozialen Eingliederung ins Leben gerufen wurde, hat Italien jedoch keine nationalen politischen Maßnahmen. Die nationalen Aktionspläne zur sozialen Eingliederung haben sich darauf beschränkt, bereits Existierendes auf systematischere Weise darzustellen. Das italienische Netzwerk hat folgende Prioritäten im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung:

- Aufbau einer Strategie für den Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung, um den Zugang zu sozialen Grundrechten sicherzustellen: Dies ist wichtig, damit eine Strategie gegen Armut und soziale Ausgrenzung umgesetzt werden kann.

- Das Recht auf ein Grundeinkommen: Italien ist eines von zwei Ländern der EU der 15 Mitgliedstaaten, in dem kein Recht auf ein Grundeinkommen besteht. Während sich der italienische Staat gern darauf verlässt, dass die Familie Unterstützung gewährt, scheint es in manchen Regionen einen Schritt hin in Richtung „Bürgereinkommen“ zu geben.
- Eine echte Beschäftigungspolitik, vor allem im Süden des Landes, wo es so gut wie keine beschäftigungspolitischen Maßnahmen gibt, dafür aber eine hohe Arbeitslosenquote.

MALTA

Das vor kurzem gegründete maltesische Netzwerk hat beschlossen, eine Bestandsaufnahme der Aspekte von Armut und sozialer Ausgrenzung in Malta durchzuführen und Prioritäten festzulegen. So wurde eine Arbeitsgruppe (Zielgruppenausschuss) eingerichtet, mit dem Zweck, eine Strategie zu formulieren und zwar unter Mithilfe von „Schwerpunktgruppen“, die sich aus Menschen zusammensetzen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind. Das maltesische Netzwerk hat folgende Schlüsselthemen:

- Schul-Fehlzeiten und die Gefahr des Analphabetismus;
- Illegale Einwanderer/Asylsuchende/Flüchtlinge;
- Zugang zu Dienstleistungen.

SPANIEN

In Spanien gibt es nur auf lokaler Ebene ein garantiertes Mindesteinkommen, das an eine bessere Koordinierung von Maßnahmen als Mindesteinkommensgarantien gekoppelt ist. Den regionalen Plänen kommt übrigens selbst im Falle eines nationalen Aktionsplans die größere Bedeutung zu.

Im Beschäftigungsbereich werden zwar fortschrittliche Aktivierungsmaßnahmen (wie etwa Fortbildungsmöglichkeiten) begrüßt, da aber die Situation der Menschen, die von Ausgrenzung betroffen sind, nicht immer berücksichtigt wird, stecken die Menschen zwischen Arbeitslosigkeit und Existenzunsicherheit fest. Im Bildungsbereich gibt es das Problem der Schulabbrecher und die daraus resultierenden fehlenden Fertigkeiten und Qualifikationen. Darüber hinaus fehlen Bildungsmöglichkeiten, und es wird häufig nicht anerkannt, dass multikulturelle Faktoren langfristig und kontinuierlich angegangen werden müssen. Der Konkurrenz um knappe Mittel führt auch zu Fremdenfeindlichkeit.

Quelle: Entwurf des Konferenzberichts von Pauline Geoghegan

Erweiterung: Chancen und Herausforderungen

Die EU-Erweiterung schafft, speziell für das EAPN, neue Möglichkeiten für Maßnahmen gegen Armut und soziale Ausgrenzung. Indem es sich Netzwerken öffnet, die in den neuen Mitgliedstaaten tätig sind, wird das EAPN besser in der Lage sein, den Menschen, die in der erweiterten EU von Armut betroffen sind, Gehör zu verschaffen und ihren Bedürfnissen die angemessene Berücksichtigung zukommen zu lassen.

Die Erweiterung bringt aber auch viele Herausforderungen und Fragen mit sich: Ist die Lissabonner Strategie hier immer noch der richtige Weg? Wie können wir bestehende Maßnahmen stärken und neue schaffen, um die Geißel der Armut und der sozialen Ausgrenzung zu bekämpfen, die trotz des Wirtschaftswachstums in vielen neuen Mitgliedstaaten immer noch vorhanden sind?

Die Gefahr bei dieser Erweiterung liegt darin, dass die größere Vielfalt an Sozialmodellen als Vorwand dienen könnte, ein soziales Europa zur Disposition zu stellen, indem die Erweiterung hauptsächlich als ein vom Binnenmarkt angetriebenes Wirtschaftsprojekt gesehen wird. Dies würde unweigerlich zu Konkurrenz unter Mitgliedstaaten führen, und nicht nur Sozialschutzsysteme größerem Druck aussetzen sondern auch die Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen oder bedroht sind.

„In Quebec ist Armut jetzt ein öffentliches Anliegen“

Welche Politik verfolgt die kanadische Provinz Quebec gegen Armut? Erläuterungen von Alain Noël, Politikwissenschaftler an der Universität Montreal.

Nicht nur die Europäische Union hat eine Strategie gegen Armut und soziale Ausgrenzung festgelegt. In der kanadischen Provinz Quebec gab es in den

letzten Jahren zahlreiche staatliche und gemeinnützige Initiativen. Ein Blick von der anderen Seite des Atlantiks, also aus einiger Distanz, könnte dazu beitragen, die Bedeutung der europäischen Strategie zu erhellen.



Alain Noël

EAPN: Welche Schlüsselpunkte enthält Quebecs Strategie gegen Armut?

Alain Noël: *Zunächst einmal muss erwähnt werden, dass sich Quebec vom übrigen Land nicht nur in sprachlicher, kultureller und geschichtlicher Hinsicht unterscheidet, sondern auch aufgrund des progressiven Charakters seiner Gesellschaft. Die Löhne sind zwar vergleichsweise niedrig und die Arbeitslosigkeit hoch, doch die Gesellschaft selbst gründet sich auf eine allgemeine und starke Unterstützung der Sozialpolitik und der Gewerkschaftsbewegung. Die Strategie gegen Armut ist jedoch trotzdem eine relativ neue Angelegenheit. Erst im Dezember 2002 wurde durch „Gesetzentwurf 112“ – der übrigens einstimmig verabschiedet wurde – ein Rahmen festgelegt, der sie zu einer nationalen Priorität machte. Dieser Gesetzentwurf sah auch eine Beschäftigungsstrategie vor und ein Observatorium für Fragen von Armut und sozialer Ausgrenzung (das bisher noch nicht eingerichtet wurde).*

Und wo kommt hier der gemeinnützige Sektor ins Spiel?

Kurz nachdem die „Parti Québécois“ 1994 an die Macht kam und ankündigte, die Sozialhilfe zu regionalisieren, wurde ein Protestmarsch unter dem Motto „Brot und Rosen“ abgehalten, um die neue Regierung zum Handeln gegen Armut aufzufordern. Damals wurde dem gemeinnützigen Sektor der gleiche Status eingeräumt wie dem öffentlichen und dem privaten. Es entstanden „Straßenparlamente“, in denen über ein mögliches Gesetz gegen Armut diskutiert wurde. Die Fähigkeit von NRO, wie etwa dem „Kollektiv für ein Quebec ohne Armut“ (siehe Kolumne), Unterstützung zu mobilisieren, verleiht ihnen eine Art Beschützerrolle.

Welche Auswirkung hat dieses Gesetz?

Nach einem Regierungswechsel führte der Gesetzentwurf im April 2004 (11 Monate später als im Zeitplan vorgesehen) zu einem Aktionsplan der Regierung, der sich auf die Einkommen konzentrierte: Strafen wurde abgeschafft, den „arbeitenden Armen“ und Familien gewährte man Einkommensergänzungen, doch wurden keine zusätzlichen Mittel zur Verfügung gestellt, um Menschen den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen. Möglicherweise hat der Gesetzentwurf geholfen, die politische Agenda umzustellen und einer Reihe von Akteuren in den Augen der Öffentlichkeit eine Berechtigung verliehen, doch gibt es über den Aktionsplan hinaus keine festen Garantien für die Zukunft. Die Strategie leidet also an einer fehlenden Planung und einem fehlenden Follow-up. Die Regierung ist langfristig zu keinen konkreten Maßnahmen, wie etwa der Anhebung des Mindesteinkommens, verpflichtet. Außerdem enthält der Plan keine Ziele bezüglich der Armutsreduzierung. Im Vergleich zu einem Gesetz, das eher eine Strategie verkörpern sollte, handelt es sich um einen Rückschritt.

Könnte der Gesetzentwurf gekippt werden?

Nein. Niemand würde sich da heranwagen. Eher könnten die Akteure ihr Interesse verlieren, da nichts Greifbares erreicht wurde, doch ist dies noch nicht der Fall. Der wunde Punkt besteht darin, dass der Plan keinen Bewertungs- und Teilhabemechanismus enthält. Er sah zwar einen Beratungsausschuss vor, doch im Aktionsplan der neuen Regierung war nur noch eine indirekte Beratung durch öffentliche Anhörungen im Parlament vorgesehen. Das ist eine klare Abkehr vom ursprünglichen Gesetzentwurf.

Wie sehen Sie die europäische Strategie zur sozialen Eingliederung?

Sie ist ein wichtiger Durchbruch, doch kann man darüber streiten, ob sie ihre Ziele erreichen wird. Ihre große Errungenschaft besteht darin, dass Armut – wie auch in Quebec – in den Blickpunkt der Öffentlichkeit geriet. Ein festes Ziel für die Armutsreduzierung zu setzen, hätte anspornend sein können. Betrachtet man jedoch die von den Vereinten Nationen festgelegten Millenniumsziele, muss man sich eingestehen, dass Fortschritte bei diesem Thema nur schwer zu messen sind. Vielleicht wäre es besser, sich anstatt auf Zahlen

auf Dinge zu konzentrieren, die getan werden müssen. Frontakteure könnten dann auch leichter einbezogen werden.

Interview: V.F.

Das Kollektiv für ein Quebec ohne Armut



Das „Kollektiv für ein Quebec ohne Armut“ ist eine pluralistische NRO ohne eine bestimmte politische Zugehörigkeit, die zum Ziel hat, Menschen, die von Armut betroffen sind sowie alle Einzelpersonen und Organisationen, die eine feste Grundlage für ein Quebec ohne Armut schaffen wollen, zusammenzubringen („Statistics Canada“ schätzt, dass 1998 12-13 % der Bevölkerung von Quebec zu Gruppen mit Niedrigeinkommen zählten). Das Kollektiv wurde 1998 gegründet und begann seine Arbeit, indem es die Meinung der Bürgerinnen und Bürger erforschte. Dies führte im Frühjahr 2000 dazu, dass es den Vorschlag für einen Gesetzentwurf zur Beseitigung von Armut annahm. Der Vorschlag ging aus der gemeinsamen Arbeit tausender Menschen hervor, von denen viele selbst von Armut betroffen waren. Das Kollektiv startete dann eine intensive Lobbyarbeit gegenüber der Politik und der öffentlichen Meinung, zu der auch gehörte, dass im November 2000 bei der Nationalversammlung von Quebec eine Petition mit 215 307 Unterschriften eingereicht wurde, die forderte, dass Quebec ein Gesetz auf Grundlage des vom Kollektiv erarbeiteten Vorschlags verabschieden soll. Diese Forderung wurde von mehr als 1800 verschiedenen Organisationen unterstützt. Das Kollektiv unterzieht jetzt die nationale Strategie gegen Armut und den daraus resultierenden Aktionsplan einer kontinuierlichen und genauen Überprüfung innerhalb des Referenzrahmens, den es als Basis für seinen eigenen Vorschlag erstellt hatte und der weiter ging als der schließlich verabschiedete Gesetzentwurf.

Website: <http://www.pauvrete.gc.ca/>

SCHLÜSSELPROBLEMATIKEN

Jeder Mensch hat das Recht auf Teilhabe!

Teilhabe war stets eines der zentralen Themen des EAPN. Der Begriff wird bei praktisch jeder Gelegenheit verwendet, doch wie steht es um die Teilhabe im politischen Entscheidungsprozess?

Zu den Zielsetzungen der EU im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung gehört auch die Mobilisierung aller Akteure und vor allem der Menschen, die von Armut betroffen sind. 2004 fand das dritte europäische Treffen von Menschen, die von Armut betroffen sind, statt und führte dazu, dass die folgenden diesbezüglichen Leitlinien festgelegt wurden:

1. Politische Entscheidungsträger sollen bereit sein, auf geeignete Weise Entscheidungen und Maßnahmen mit Menschen, die von Armut betroffen sind, vorzubereiten; auch sollen sie sich bereit erklären, die Ergebnisse des Teilhabeprozesses zu berücksichtigen.
2. Einen Teilhabeprozess einzurichten ist keine informelle Aktivität. Menschen, die von Armut betroffen sind, haben oft nur Erfahrungen mit der kontrollierenden und repressiven Seite der Staatsmaschinerie gemacht. Um eine effektive Teilhabe herbeizuführen, muss **ein sicheres und verlässliches Umfeld** geschaffen werden, in dem ihre Meinung gehört und geachtet wird.
3. Damit sie als richtiggehende Gesprächspartner an den Verhandlungen oder Diskussionen teilnehmen können, ist oft ein **Vorbereitungsprozess** nötig. In diesem Zusammenhang müssen Menschen, die von Armut betroffen sind, klare Informationen darüber erhalten, was genau von ihnen erwartet wird. Außerdem müssen sie dabei unterstützt werden, ihre Meinung zum Ausdruck zu bringen. Dafür sind **Zeit und Mittel** nötig, die zur Verfügung gestellt werden müssen.
4. Menschen, die von Armut betroffen sind, wollen nicht nur für sich selbst eintreten, sondern auch für die Rechte der gesamten Bevölkerungsgruppe. Hierbei ist es wichtig für sie, dass sie die eigenen Probleme hinter sich lassen können. Dies ist jedoch nur möglich, wenn sie nicht mehr ihre gesamte

Aufmerksamkeit und Energie auf die Sorge um das tägliche Überleben richten müssen. In diesem Zusammenhang ist individuelle Unterstützung bei ihren persönlichen Problemen und denen ihrer Familien nötig.

Schließlich forderten die Teilnehmenden des dritten Treffens, dass bestehende allgemeine Teilhabekanäle wie etwa Beratungsbehörden, Gewerkschaften oder politische Parteien für alle Menschen, die von Armut und sozialer Ausgrenzung betroffen sind, leichter zugänglich sein sollten. Wenn Menschen, die von Armut betroffen sind, sich Gehör verschaffen wollen, darf man sie nicht allein stehen lassen. Den Organisationen fällt dabei die wichtige Rolle zu, einen ständigen Kontakt zu diesen Menschen aufzubauen, also: sie aufzusuchen, ihnen zuzuhören und sie zu unterstützen.

Menschen, die von Armut betroffen sind, darf man nicht allein stehen lassen

Teilhabe als solche scheint heute allgemein akzeptiert zu sein, zumindest prinzipiell. Die Wirklichkeit zeigt jedoch, dass die Möglichkeiten und Verhältnisse, die zu echter Teilhabe verhelfen sollen, unterentwickelt sind. Um bei diesem Bestreben als Organisation stärker auftreten zu können, ist es wichtig, Teil eines breiteren Netzwerks aus Organisationen auf regionaler, nationaler und europäischer Ebene zu sein. Es versteht sich fast von allein, dass ein Netzwerk wie das EAPN die Teilhabe der betroffenen Menschen ganz oben auf seiner Agenda stehen hat. Und obwohl dies auf der politischen Ebene Europas nicht unbedingt der Fall ist, wird das EAPN weiterhin nach passenden Wegen für Teilhabe suchen. Angesichts der jüngsten EU-Erweiterung auf 25 Mitgliedstaaten besteht das dringende Bedürfnis, die Realität der Armut in den neuen Mitgliedstaaten aus der Nähe zu betrachten und nicht nur von einer quantitativen Erweiterung von 57 auf 68 Millionen Menschen, die von Armut betroffen sind, auszugehen.

Quelle: „*The European Union we want*“ [Die Europäische Union, die wir wollen], Kapitel über Teilhabe von Ludo Horemans

Demnächst erhältlich

Die nächste EAPN-Veröffentlichung heißt „*The European Union we want - Preventing poverty and social exclusion in an enlarged Union*“ [Die Europäische Union, die wir wollen - Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung in einer erweiterten EU]. Wie sehen die wichtigsten Tendenzen in Verbindung mit Armut und sozialer Ausgrenzung in der erweiterten EU aus? Wie wirkt sich das europäische Projekt auf das europäische Sozialmodell aus, das auf Solidarität und der Sozialisierung von Risiken basiert? Was sollen NRO unternehmen, um die Wirklichkeit von Armut und sozialer Ausgrenzung in der EU deutlich zu machen? Dies sind nur einige der Fragen, die in dem Buch behandelt werden.

Es wird aus drei Teilen bestehen:

- Der erste Teil wird Schnappschüsse aus dem Leben von Menschen, die von Armut betroffen sind, enthalten, die Sachverhalte erörtern, die die nationalen Aktionspläne zur Eingliederung aufzeigen und auch eine Auswahl an Statistiken bieten.
- Der zweite Teil wird sechs bedeutende Themen behandeln: Die eklatante Wohlstandskluft; Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung; Teilhabe; Globalisierung, Liberalisierung und Armut; Diskriminierung und Armut; Obdachlosigkeit, Altern und Zugang zu Sozialdiensten.
- Der dritte und letzte Teil wird aus dem Bericht über die Konferenz bestehen, die zum gleichen Thema im November 2004 in Groningen stattfand.

Diese Ausgabe von *Nachrichten aus dem Netz* bietet – sozusagen als Appetithäppchen - einen knappen Überblick über die Hauptpunkte der verschiedenen Kapitel.

V.F.

Soziale Ausgrenzung und Diskriminierung

Soziale Ausgrenzung und Diskriminierung sind zwei verschiedene Prozesse mit gegenseitiger Wechselwirkung.

Soziale Ausgrenzung ist ein Prozess, bei dem bestimmte Personen an den Rand der Gesellschaft gedrängt werden, und bei dem ihnen die volle gesellschaftliche Teilnahme aufgrund ihrer Armut, fehlender Grundkompetenzen oder durch Diskriminierung verweigert wird.

Direkte Diskriminierung liegt dann vor, wenn eine Person aufgrund ihrer Abstammung bzw. ethnischen Herkunft, ihrer Religion oder Überzeugung, einer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Orientierung schlechter behandelt wird als eine andere Person in einer ähnlichen Situation. **Indirekte Diskriminierung** findet statt, wenn eine Vorschrift, ein Kriterium oder eine Praxis, die zunächst neutral erscheinen, Menschen aufgrund der oben genannten Aspekte benachteiligen.

Soziale Ausgrenzung und Diskriminierung stellen zwei verschiedene Prozesse mit gegenseitiger Wechselwirkung dar. Für die ärmsten der Armen oder für die Menschen, die stärker von sozialer Ausgrenzung betroffen sind, besteht ein höheres Risiko, im Alltag und beim Zugang zu öffentlichen und privaten Dienstleistungen diskriminiert zu werden. Menschen, die aufgrund ihrer Abstammung bzw. ethnischen Herkunft, ihrer Religion oder Überzeugung, einer Behinderung, ihres Alters oder ihrer sexuellen Orientierung diskriminiert werden, laufen eher Gefahr, sozial ausgegrenzt zu werden.

Verschiedene Hindernisse

Politische Hindernisse im Kampf gegen Diskriminierung sind die fehlende Synergie zwischen der europäischen und der nationalen Ebene, eine geringe Bedeutsamkeit auf nationaler Ebene,

Einige Mitgliedstaaten setzen Diskriminierung einfach mit einem Mangel an Arbeitsplätzen gleich

abnehmende Relevanz des Themas Diskriminierung auf der europäischen Agenda, das von der Sorge um den Erhalt des Sozialsystems verdrängt wurde, die Notwendigkeit einer Reform der Sozialschutzsysteme usw.; ein weiteres Hindernis besteht darin, dass einige Mitgliedstaaten das Vorhandensein von Diskriminierung leugnen und sie einfach mit einem Mangel an Arbeitsplätzen gleichsetzen.

Es gibt auch zahlreiche rechtliche Hindernisse, wie etwa Langsamkeit oder fehlende Mittel bei der Umsetzung von Gesetzen, eine zweideutige Auslegung von Diskriminierung seitens einiger Mitgliedstaaten, fehlende Mechanismen, um die Wirksamkeit von Gesetzen sicherzustellen und das schlecht entwickelte Bewusstsein bei bestimmten wichtigen Akteuren, wie etwa Anwälten oder Richtern, über die Bedeutung des Themas.

Zu den wirtschaftlichen Hindernissen zählen eine fehlende Verantwortlichkeit, fehlende Zielvorgaben, ein zu geringer Rückgriff auf die Strukturfonds, um soziale Benachteiligungen und Diskriminierung auszugleichen sowie fehlende Unterstützung auf nationaler Ebene (keine nationalen Strategien, keine Extramittel, keine langfristigen Maßnahmen).

Das EAPN ist der Auffassung, dass Maßnahmen Diskriminierung und soziale Ausgrenzung mit Mechanismen bekämpfen sollten, die Folgendes sicherstellen: Zugang zu Informationen und Dienstleistungen, Gleichbehandlung und Ausgleich bei Benachteiligungen. Eine Gleichbehandlung ist in der Tat nur dann sichergestellt, wenn es einen Ausgleich für Benachteiligungen gibt sowie eine Anpassung der Dienstleistungen an die Bedürfnisse der Menschen.

Die Rolle des NRO-Sektors

Was den Kampf gegen soziale Ausgrenzung angeht, wissen wir alle, dass dem NRO-Sektor die Rolle zufällt, an der Erarbeitung der Maßnahmen zur sozialen Eingliederung (wie etwa den nationalen Aktionsplänen) teilzunehmen, d.h.: bei der Gestaltung, dem Follow-up, der Überwachung und Bewertung, der Bestimmung von Problemen und Prioritäten für bestimmte Gruppen, beim „Empowerment“ der betroffenen Personenkreise für eine aktive Mitwirkung und bei der Erarbeitung spezifischer Maßnahmen und Richtlinien für eine effektivere Politik.

Im Kampf gegen Diskriminierung hat der NRO-Sektor die Aufgabe, zu sensibilisieren, die Personen, die an der Spitze betroffener oder spezieller Gruppen stehen, wie etwa öffentliche Vertreter, Polizeibeamte, Richter usw. zu unterrichten, Fälle von Diskriminierung zu sammeln und öffentlich anzuprangern, bei Konflikten zu vermitteln, zu informieren, Opfern direkte Hilfe zu bieten und ihnen beizustehen.

Quelle: Entwurf des Konferenzberichts von Pauline Geoghegan, auf Grundlage des Beitrags von J.M. Fresno.

Kampf gegen Obdachlosigkeit

Nach Angabe der Europäischen Föderation Nationaler Obdachlosenorganisationen (FEANTSA) haben nur wenige europäische Länder spezifische Maßnahmenprogramme für den Kampf gegen Obdachlosigkeit entwickelt. Als Folge gibt es nur mangelhafte Informationen und ein unzulängliches Wissen über die neuen Wege, die in die Obdachlosigkeit führen.

Der Kampf gegen Obdachlosigkeit könnte Ansätze hervorbringen, wie etwa Maßnahmen, die über die Bildung bzw. Schulen laufen, über eine allgemeine Beratung zum Thema Wohnraum, über generelle Fertigkeiten für das tägliche Leben usw., Ansätze also, die von so allgemeiner Natur sind, dass man sie nicht unbedingt automatisch dem Kampf gegen Obdachlosigkeit zuordnen würde. Andere Ansätze sind spezifischer. Sie wenden sich an Menschen, die von bestimmten Wegen in die Obdachlosigkeit bzw. bestimmten Auslösern bedroht sind. Diese Ansätze umfassen Information und Beratung rund um das Thema Kündigung/Wohnungsräumung, Vermittlungsarbeit in Anstalten (Gefängnissen, psychiatrischen Kliniken und Jugendheimen) vor der Entlassung usw.

Wir brauchen besseres Verständnis dafür, wie verschiedene Sektoren und Dienstleistungen gefährdete Personen erreichen und Obdachlosigkeit bekämpfen können. Während gemeinnützige Organisationen schon lange wissen, dass ein gemeinsamer Ansatz notwendig ist, um Obdachlosigkeit anzugehen und zu bekämpfen, müssen Behörden noch lernen, übergreifend zu arbeiten, denn Obdachlosigkeit ist keine statische Angelegenheit.



Siehe FEANTSA-Bericht:

www.feantsa.org/files/prevention/prevention_report_october_2004.pdf

Im globalen Dorf in Armut leben

Man sagt, dass die Welt zu einem Dorf geworden ist. Es handelt sich dann jedoch um ein Dorf, in dem 20 % der Einwohner 80 % aller Güter konsumieren und die Hälfte der Einwohner von Armut betroffen ist.



Weltsozialforum 2005 – Foto:
Ricardo Stricher

Das fünfte Weltsozialforum, das vom 26. - 31. Januar in Porto Alegre stattfand, wurde von mehr als 120 000 Menschen besucht, unter ihnen EAPN-Präsidentin Maria Marinakou. In einem offenen Raum für eine demokratische Debatte standen die Themen Armut und soziale Rechte im Mittelpunkt und führten zu konkreten Vorschlägen für globale Maßnahmen. Das EAPN betonte, dass die strukturellen Ursachen für Armut sowohl in Europa als auch in der restlichen Welt bekämpft werden müssen. Maria Marinakou gab an, dass „eben jene Politik, die auf der ganzen Welt für Armut, Ungleichheit und soziale Ausgrenzung sorgt, auch die 68 Millionen Menschen, die in der EU von Armut betroffen sind, marginalisiert“.

Zahlen und Fakten

Die Unterschiede werden weltweit größer: 20 % der Bevölkerung konsumieren 80 % aller Güter. Im Verlauf des letzten Jahrhunderts hat sich die Kluft vergrößert. Die Hälfte der Weltbevölkerung lebt von weniger als zwei Dollar pro Tag. Das Vermögen der reichsten Bewohner dieses Erdballs liegt über dem Bruttoinlandsprodukt der ärmsten Nation der Welt. Fast eine Milliarde Menschen sind nicht in der Lage, ein Buch zu lesen oder ihre Unterschrift zu setzen! Untersuchungen zeigen, dass sich die Kluft

zwischen Arm und Reich im Verlauf des letzten Jahrhunderts vergrößert hat.

Von diesen Zahlen und Fakten einmal abgesehen, ist klar zu erkennen, dass sich die Globalisierung tiefgreifend auf die Sozialpolitik und den Wohlfahrtsstaat auswirkt. Der Neoliberalismus stellt für die Sozialsysteme der Industrieländer und für die Aussichten auf eine gerechte soziale Entwicklung der Wirtschaften von Entwicklungs- und Schwellenländern eine Herausforderung dar. Die Frage muss lauten: Welche Art von Sozialpolitik passt am besten zu internationaler Wettbewerbsfähigkeit, ohne dass die soziale Solidarität untergraben wird?

Suche nach einem neuen sozialen Paradigma

In diesem globalen Zusammenhang sollte die EU den Globalisierungsprozess effektiver mitgestalten und Teil der globalen Sozialbewegungen werden, die sich mit der Neudefinition der sozialen Rechte und der sozialen Standards befassen.

Die EU hat eine wichtige Rolle im Kampf gegen heimische und globale Armut zu übernehmen, indem sie das europäische Sozialmodell stärkt und sich um sozialen Zusammenhalt bemüht – anstatt um wirtschaftlichen Wettbewerb um jeden Preis. In Hinblick auf die Halbzeitbewertung der Lissabonner Strategie sollte die EU ein neues soziales Paradigma suchen. „Es geht hier nicht nur um eine bessere ‚Global Governance‘, sondern eher darum, von der neoliberalen Globalisierung hin zu einem globalen System mit einer echten sozialen Dimension zu gelangen“, fügte Maria Marinakou hinzu.

Kopenhagen +10

Im Vorfeld der Sitzung der UN-Kommission für soziale Entwicklung, die vom 9. - 18. Februar 2005 in New York stattfindet (Kopenhagen +10), hat das EAPN daran erinnert, dass soziale Entwicklung auch ein Thema für das wohlhabende Europa ist. Der Kopenhagener Konsens über die Notwendigkeit einer ausgewogenen Entwicklung (wirtschaftliche Entwicklung, soziale Entwicklung und Umweltschutz hängen wechselseitig voneinander ab und verstärken sich gegenseitig) gab der Infragestellung des vorherrschenden Entwicklungsmodells neuen Schwung. Trotz der Beteuerungen von Lissabon gibt es auf hoher politischer Ebene der EU wenig oder gar kein

echtes Engagement für die Beibehaltung der in Lissabon festgelegten ausgewogenen Agenda.

Das EAPN ist der Ansicht, dass der Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung Herzstück des EU-Projekts sein muss, zum Nutzen aller Menschen innerhalb und außerhalb der EU: „*In einer globalen Welt darf kein falscher Wettbewerb entstehen zwischen dem Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung in den so genannten wohlhabenden Regionen und der Notwendigkeit, die enorme Armut und soziale Ausgrenzung in den so genannten Entwicklungsländern zu bekämpfen.*“

Quelle: Entwurf des Konferenzberichts von Pauline Geoghegan, Beitrag von Maria Marinakou und EAPN- Pressemitteilung zu Kopenhagen +10

Qualitative soziale Dienstleistungen

Soziale Dienstleistungen sind ein wichtiger Aspekt des Sozialschutzes. In allen Mitgliedstaaten repräsentieren und teilen eine Reihe von Anbietern (kommerzielle oder staatliche Anbieter sowie NRO) Werte der Solidarität, der Gleichheit und der Rechte. Die EU-Diskussion über Dienstleistungen von allgemeinem Interesse spiegelt dies wider: Soziale Dienstleistungen sind für Menschen gedacht, und die sind keine Produkte.

Da Änderungen der Sozialsysteme auf individuelle Verantwortung zielen, müssen Menschen, die von Armut betroffen sind, in den Genuss von qualitativ hochwertigen Dienstleistungen kommen. Angesichts der EU-weiten Liberalisierung, bei der kommerzielle Anbieter von Dienstleistungen nach Rentabilität und Vereinheitlichung streben, besteht Sorge darüber, wie Qualität in diesem Fall überhaupt analysiert werden kann. Das stellt NRO vor Herausforderungen, denn sie müssen sich für die Qualität von Dienstleistungen einsetzen, auch und vor allem, wenn Wettbewerb zwischen Dienstleistungen herrscht. Um sich diesem Problem stellen zu können, ist ein regulierter Markt vonnöten, da jeder Mensch das Recht auf qualitativ hochwertige Dienstleistungen hat.

Der Entwurf der EU-Richtlinie über Dienstleistungen („Bolkestein“-Richtlinie) muss genau untersucht werden, etwa in Hinblick auf das „Herkunftslandprinzip“: Wie können die lokalen Akteure kontrollieren, was aus einem

anderen Land kommt? Soziale Dienstleistungen müssen auf lokalen Qualitätsstandards beruhen.

Menschen sind keine statistischen Einheiten!

Die Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung wird häufig als technische Frage gesehen, dabei sollte sie eher auf das Verständnis von Menschen, die von Armut betroffen sind, zielen.

Bei dem Versuch, Armut und soziale Ausgrenzung zu messen, müssen statistische Daten und die persönliche Wahrnehmung von Armut miteinander verbunden werden:



Die Betroffenen sollten als Menschen und nicht als statistische Einheiten betrachtet werden. In den verschiedenen Umfeldern der EU-Länder wird Armut unterschiedlich aufgefasst. Oft werden Statistiken zu politischen Zwecken genutzt, auch gibt es Versuche, die Daten subjektiv und unrealistisch zu präsentieren.

Für die Messung von Armut und sozialer Ausgrenzung werden eine Vielzahl von Indikatoren benötigt, wie etwa: der Zugang zu Informationen, die Fähigkeit, lesen und schreiben zu können, Zugang zu Kultur, Teilhabe an Entscheidungsprozessen, Achtung, Vertrauen, Kriminalitätsbekämpfung, Aspekte im Zusammenhang mit Behinderungen und Diskriminierung, Zugang zur Gesundheitsversorgung, zu Einkommen, zu Nahrungsmitteln, zu öffentlichen Verkehrsmitteln, Sicherheit, Beschäftigung, Bildung, Kinderbetreuung, Wohnraum usw.

Die Messung sollte in zwei Richtungen gehen, um die allgemeinen Merkmale aller Länder und auch

Statistiken werden oft politisch genutzt

die Besonderheiten jedes einzelnen Staates aufzuzeigen. Indikatoren müssen so entwickelt werden, dass mit ihnen sowohl qualitative als auch quantitative Merkmale untersucht werden können. Es ist auch wichtig, festzulegen, wie die Fortschritte im Kampf gegen Armut und soziale Ausgrenzung gemessen werden können, d.h. es müssen Indikatoren bestimmt werden, die diese

Fortschritte aufzeigen. Die Indikatoren sollten Merkmale umfassen wie die Teilhabequote am Arbeitsmarkt, an Versicherungen, Engagement für Gleichstellung der Geschlechter und ethnischer Minderheiten, Zugang zu qualitativer Gesundheitsversorgung, Bildung usw. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, den Prozess langfristig zu untersuchen, die Triebkräfte der Entwicklungen zu bestimmen, und auf Untersuchungen, auf die Wahrnehmung der Menschen und auf statistische Daten zurückzugreifen. Der Ansatz muss so flexibel sein, dass die Besonderheiten und allgemeinen Merkmale der Städte bzw. Großstädte, Regionen und Länder miteinander verbunden werden können.

Quelle: Entwurf des Konferenzberichts von Pauline Geoghegan

Mit Vorsicht zu genießen ...

Zahlen spiegeln nicht nur einfach die schlichte Wirklichkeit wider, dass Menschen nicht die Macht für Veränderungen besitzen. Abgesehen davon, dass sie nur einen Teil dieser Wirklichkeit reflektieren (nämlich den, der „vorgeführt“ bzw. in zählbare Einheiten aufgeschlüsselt werden kann), muss man bedenken, dass Statistiken auch politisch genutzt werden. Die Bestimmung der Kriterien, die Konditionen, unter denen die Daten gesammelt werden und auf welche Art und Weise man sie dann präsentiert, sind alles Aspekte, über die Entscheidungen getroffen werden müssen – Entscheidungen, die man stets hinterfragen sollte ... Veranschaulicht wird dies durch die Tatsache, dass die Daten auf den nächsten Seiten nicht in allen Punkten miteinander vergleichbar sind: Während die Zahlen für die EU der 15 Mitgliedstaaten einer europäischen Untersuchung entnommen wurden, die mehr als 60 000 Haushalte umfasste, stammen die Daten für die neuen Mitgliedstaaten aus nationalen Quellen. Einige befassen sich auch nur mit „relativer“ Armut (d.h. in Verbindung mit dem allgemeinen Wohlstandslevel des jeweiligen Landes). Für die meisten der neuen Mitgliedstaaten, in denen die Einkommen deutlich unter denen der EU der 15 Mitgliedstaaten liegen, sind jedoch absolute Zahlen notwendig, um die Effektivität von „Sicherheitsnetzen“ für die Ärmsten der Armen untersuchen zu können.

V.F.

Die alternde Gesellschaft

Das Phänomen der alternden Bevölkerung ist längst bekannt. Aktuelle Zahlen zeigen, dass die Altersgruppe von 65 Jahren und älter 16-17 % der EU-Bevölkerung ausmacht. Diese Zahl wird sich bis 2050 voraussichtlich auf etwa 28 % erhöhen. Noch bezeichnender: Die Zahl der über 80-Jährigen soll sich bis zum Jahr 2050 mehr als verdoppeln, nämlich von derzeit 4 % auf fast 10 % der Bevölkerung.

Diese Voraussagen führten dazu, dass im Zusammenhang mit der alternden Gesellschaft von einer „Krise“ gesprochen und sie überhaupt negativ wahrgenommen wird. Die immer älter werdende Bevölkerung wird bestenfalls als Herausforderung dargestellt, oft genug aber auch nur als Gefahr für unsere Gesellschaft. Der Beitrag älterer Menschen, etwa in Form von ehrenamtlicher Arbeit oder der Weitergabe von Wissen, Erfahrungen und Ressourcen an die nächste Generation wird wenig oder gar nicht anerkannt.

Dabei besteht die Herausforderung nicht unbedingt im Altern der Gesellschaft selbst sondern eher darin, den Bedürfnissen der heutigen und der künftigen Gesellschaft durch die Entwicklung geeigneter gesundheitspolitischer, sozialer und wirtschaftlicher Strategien sowie Dienstleistungen und Maßnahmen Rechnung zu tragen. Dass die Gesellschaft immer älter wird, ist lediglich eine Tatsache, die bei der Entwicklung dieser Strategien als wichtiger Faktor zu berücksichtigen ist. Es gibt eine Reihe von politischen Themenbereichen, die besonderer Aufmerksamkeit bedürfen, so etwa das Renten- und Gesundheitssystem, die Langzeitpflege oder die Solidarität zwischen den Generationen. Diese Themen sollten weder aufgeschoben noch ignoriert werden ...



Siehe AGE-Website: www.age-platform.org

STATISTIKEN

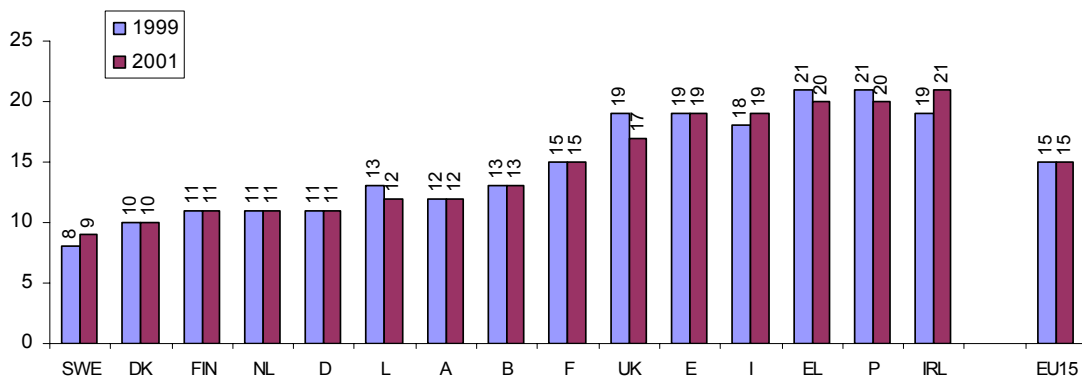
Europas 68 Millionen Arme

Zahlen von Eurostat, dem Statistik-Dienst der EU, zeigen ein alarmierendes Ausmaß an Armut in der erweiterten EU. Die Zahlen deuten darauf hin, dass die Anzahl der Menschen, die von Armut betroffen sind (d.h. Menschen, die in Haushalten mit einem „verfügbaren Äquivalenzeinkommen“ unterhalb 60 % des jeweiligen nationalen Median-Äquivalenzeinkommens leben), bei etwa 68 Millionen liegt, was 15 % der EU-Gesamtbevölkerung entspricht!

Siehe nächste Seiten

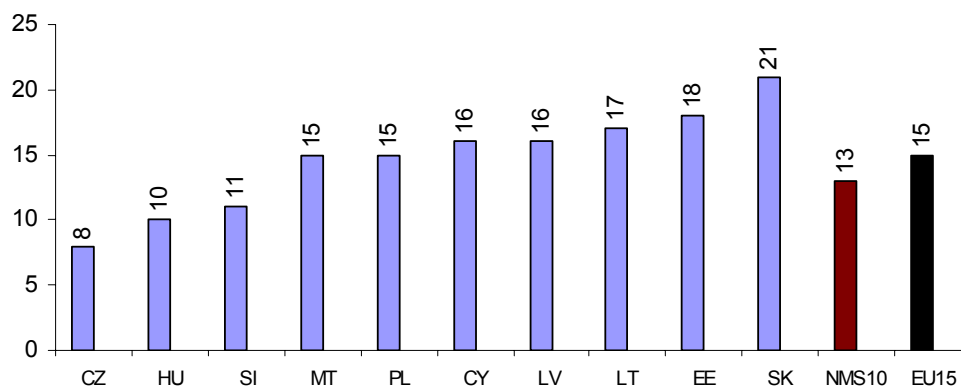
Allgemeine Armutsrisikoquoten

Armutsraten der 15 „alten“ Mitgliedstaaten in %, 1999 und 2001



Irland, Portugal und Griechenland sind die „ärmsten Länder“ – sie wiesen als einzige sowohl 1999 als auch 2001 eine Armutsrate von über 20 % auf. Der Anteil der von Armut bedrohten Personen liegt im Vereinigten Königreich, Spanien und Italien noch über dem Durchschnitt der EU der 15 Mitgliedstaaten (15 %). Schweden hat die niedrigste Rate (9 %), obwohl es einen Anstieg um ein Prozent gab.

Armutsraten der 10 neuen Mitgliedstaaten (NMS10) in %, für 2001

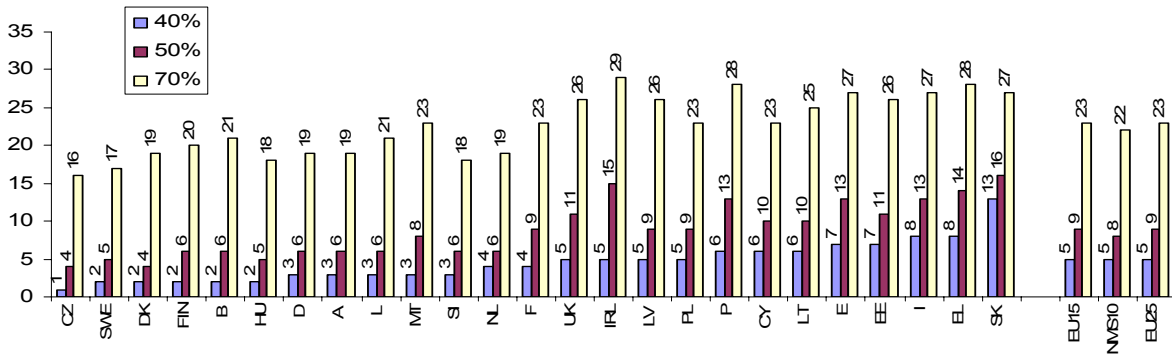


Abgesehen von den extremen Raten der **Tschechischen Republik** (8 %) und der **Slowakei** (21 %), pendeln die Werte zwischen 10 % (Ungarn) und 18 % (Estland).

Das Ausmaß der Armut

60 % des nationalen Median-Äquivalenzeinkommens als Schwellenwert für das Armutsrisiko zu nehmen, ist lediglich eine bisher übliche Wahl. Aus diesem Grunde ist es wichtig, alternative Schwellenwerte zu betrachten, und speziell die Höhe der extremen Armut in den einzelnen Ländern zu kennen.

Streuung um den Armutsschwellenwert für 2001



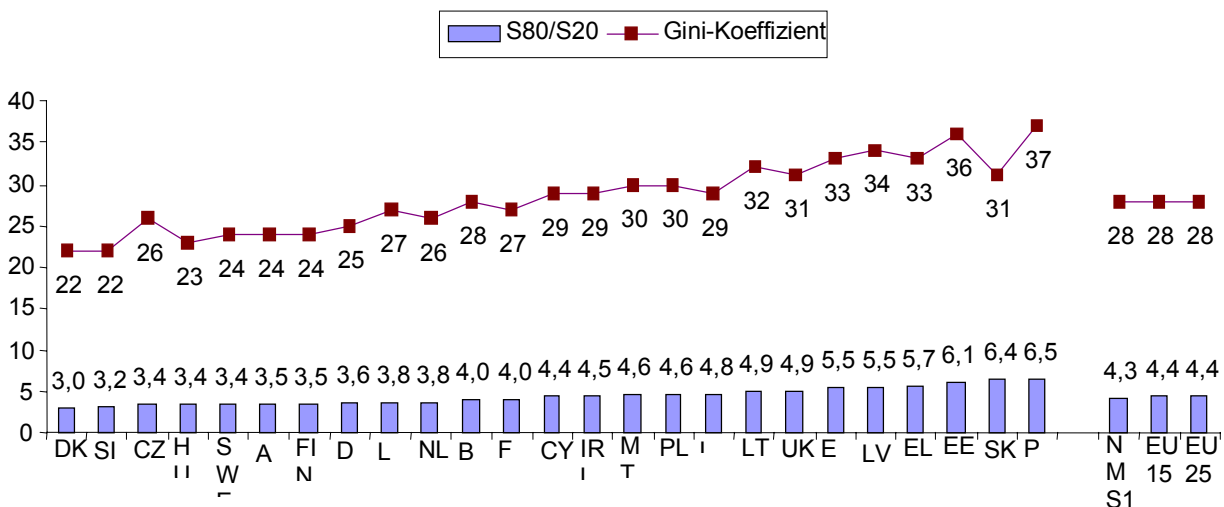
Neue Mitgliedstaaten und solche der EU der 15 Mitgliedstaaten weisen, was das Armutsrisiko anbelangt, im Durchschnitt ähnliche Werte auf. Die Wahrscheinlichkeit, von Armut bedroht zu sein, variierte im Jahr 2001 zwischen 5 % und 22-23 % für Schwellenwerte, die mit jeweils 40 und 70 % des Median-Äquivalenzeinkommens festgelegt wurden; wurde eine Schwellenwert von 50 % angesetzt, lag die Wahrscheinlichkeit bei 8-9 %.

Ungleichheit bei der Einkommensverteilung

Die bisher vorgestellten Indikatoren konzentrieren sich auf den unteren Teil der Einkommensverteilung. Es ist jedoch auch interessant, die allgemeine Einkommensverteilung zu betrachten, um festzustellen, wie die europäischen Gesellschaften den von ihnen produzierten Wohlstand teilen. Dies kann durch zwei Indikatoren dargestellt werden:

- **Das S80/S20-Verhältnis:** Das S80/S20-Verhältnis vergleicht das Gesamteinkommen des höchsten Einkommens-Quintil (20 % der Bevölkerung mit dem höchsten Einkommen) mit dem des niedrigsten Einkommens-Quintil (die 20 % mit dem niedrigsten Einkommen). Je höher dieses Verhältnis ist, desto größer ist die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung.
- **Der Gini-Koeffizient:** Während das S80/S20-Verhältnis lediglich auf Änderungen des höchsten und des niedrigsten Quintils reagiert, berücksichtigt der Gini-Koeffizient die gesamte Einkommensverteilung. Gäbe es absolute Gleichheit (d.h. würden alle das gleiche Einkommen erhalten), läge dieser Koeffizient bei 0 %. Und wenn das gesamte nationale Einkommen nur in der Hand einer Person läge, gäbe es einen Koeffizienten von 100 %. Wie schon beim S80/S20-Verhältnis gilt auch hier: Je höher der Koeffizient ist, desto größer ist die Ungleichheit bei der Einkommensverteilung.

S80/S20 Einkommens-Quintil-Anteilsverhältnis und Gini-Koeffizient



Das durchschnittliche S80/S20-Verhältnis für die EU der 25 Mitgliedstaaten lag 2001 bei 4,4, was bedeutet, dass das reichste Quintil ein 4,4 Mal so großes Einkommen wie das ärmste Quintil hatte. Die Einzelverhältnisse variierten zwischen 3,0 in Dänemark und 6,5 in Portugal. Im gleichen Referenzjahr lag der Gini-Koeffizient für die EU der 25 Mitgliedstaaten bei 28, wobei die Einzelkoeffizienten zwischen 22 in Dänemark und Slowenien und 37 in Portugal schwankten. Aus Abbildung 8 ist zu erkennen, dass die Werte der nationalen S80/S20-Verhältnisse und der nationalen Gini-Koeffizienten recht ähnlich sind.

V.F.

Chefredakteur: Fintan Farrell
Verantwortl. Veröffentlichung: Vincent Forest

EAPN, rue du Congrès, 37-41 (Bte 2) – B-1000 Brüssel
Tel.: +32 2 230 44 55 – Fax: +32 2 230 97 33 – E-Mail: team@eapn.skynet.be – Website:
www.eapn.org

Mit Unterstützung der Europäischen Kommission